

Rechtsgebiet: 24. Herzogtum Anhalt.

Gesetzliche Grundlage:
Gemeinde-, Stadt- und Dorfordnung vom 13. April 1882.

I. Voraus-
setzungen für den
Erwerb des
Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht wird durch Verleihung erworben.
Berechtigt zum Erwerbe sind die männlichen Gemeindeglieder (d. h. Reichsangehörige, die im Gemeindebezirk ihren dauernden Wohnsitz haben), welche

1. geschäftsfähig sind und das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben,

2. sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, und

3. entweder

a) im Gemeindebezirk ein Wohnhaus oder andere Grundstücke besitzen, welche letztere mindestens mit 0,45 Mk. zur festen Grundsteuer (dieselbe beträgt $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ % des ermittelten Reinertrags pro Einheit und kommt in drei Einheiten zur Erhebung) herangezogen werden, oder

b) wenigstens mit 0,30 Mk. zur Einheit der klassifizierten Einkommensteuer (einem Einkommen von über 1050 Mk. entsprechend) veranlagt sind.

In Bezug auf den Erwerb und die Ausübung des Bürgerrechts werden Grundeigentum, Einkommen und Steuerzahlungen der Ehefrau und der in väterlicher Gewalt befindlichen Kinder dem Ehemann und dem Vater angerechnet.

II. Voraus-
setzungen des
aktiven
Wahlrechts.

Das Wahlrecht steht nur den Bürgern zu und kann nur in Person ausgeübt werden.

III. Voraus-
setzungen des
passiven
Wahlrechts.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten.

IV. Besteht eine
Klasseneinteilung
der Wähler?

Nein.

V. Besteht eine
Klasseneinteilung
der zu
Wählenden?

Die Gemeindevertretung muß wenigstens zur Hälfte aus Grundbesitzern bestehen.